

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Europa zwischen Krise und Zuversicht

Die Welt in Masken – Europa in der Krise. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie steht im Mittelpunkt der aktuellen Debatten. Im Fokus stehen neben den medizinischen und den wirtschaftlichen zunehmend auch die gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Niemand weiß gegenwärtig, wie lange wir noch mit den unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie befasst sein werden. Davon unabhängig scheint aber absehbar, dass die Welt danach eine andere sein wird. Im Hinblick auf Mobilität, Konsum, Arbeitsorganisation und wahrscheinlich auch im Familienleben kann mit nachhaltigen Veränderungen gerechnet werden. Gerade an der Schnittstelle von Berufsarbeit und Familienleben werden sich neue Muster von Absenz und Präsenz etablieren, womöglich auch mit relevanten Folgen für die Demografie.

Diese Ausgabe beinhaltet Themen ohne Bezug zu Corona und sie setzt damit ein positives, hoffnungsvolles Schlaglicht auf die Zukunft Europas. In einem Beitrag des *Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien* zeigen Guillaume Marois, Alain Bélanger und Wolfgang Lutz jenseits der üblichen Fokussierung auf den Altenquotienten, dass durch eine höhere Produktivität, stärkere Arbeitsmarktbeteiligung und Zuwanderung der demografische Wandel in Europa gut abgedeckt werden könnte. Mit sieben Zukunftsszenarien simulieren die Forscher den Einfluss der genannten Faktoren.

Ein weiterer Artikel zeigt die Muster der europäischen Länder hinsichtlich der Geburtenraten. Gleichzeitig legt das Forscherteam um Nicholas Campisi unter Beteiligung des *Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels*, der *St. Andrew University* und des *Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung* eindrucksvoll dar, wie sich die verschiedenen Muster in den Grenzregionen Europas angleichen und dadurch in dieser Hinsicht nationale Grenzen verschwimmen.

Geburten stehen auch im Zentrum der neuen Studie von Peter Eibich vom *Max-Planck-Institut für demografische Forschung* sowie von Thomas Siedler von der *Universität Hamburg*. Sie analysieren erstmals für Deutschland, dass die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Enkelkind mit der Verrentung der Großeltern steigt. Verstärkt wird der Effekt dadurch, dass die Großeltern in der Nähe ihrer Kinder leben und diese dadurch im Alltag besser unterstützen können.

Norbert F. Schneider

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital

Älter, aber produktiver

Europa: Wirtschaftliche Folgen des demografischen Wandels weniger dramatisch als gedacht

In Zukunft werden immer mehr über 65-Jährige auf immer weniger Menschen im sogenannten arbeitsfähigen Alter kommen. Für die Sozialsysteme sei das eine enorme Belastung war allenthalben zu lesen. Doch eine neue Studie zeigt, dass diese Sichtweise zu kurz greift. Eine höhere Produktivität, eine stärkere Arbeitsmarktbeteiligung und Migration könnten die Effekte der Alterung mehr als ausgleichen.

Mit Blick auf die Alterung der europäischen Bevölkerung mangelt es nicht an düsteren Prognosen – schließlich zeigt der sogenannte „Altenquotient“ in den nächsten Jahrzehnten eine bedenkliche Entwicklung: Kommen derzeit etwa in Österreich und Deutschland noch circa drei Menschen im Alter von 20-64 auf einen über 65-Jährigen, so werden es im Jahr 2060 nur noch 1,5 sein. Für die Rentenkassen und die Gesundheitssysteme könnte das eine starke Belastung bedeuten, so die Befürchtung. Doch der Altenquotient

allein sei für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sozialsysteme nicht entscheidend, schreiben Guillaume Marois, Alain Bélanger und Wolfgang Lutz vom Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien in einer aktuellen Studie im renommierten Journal PNAS. Denn er könne viele wichtige Trends und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt nicht abbilden. Anstatt nur auf das Alter der Bevölkerung zu schauen, müsse vielmehr die Arbeitsleistung der Menschen in den Vordergrund rücken: Wer arbeitet wie

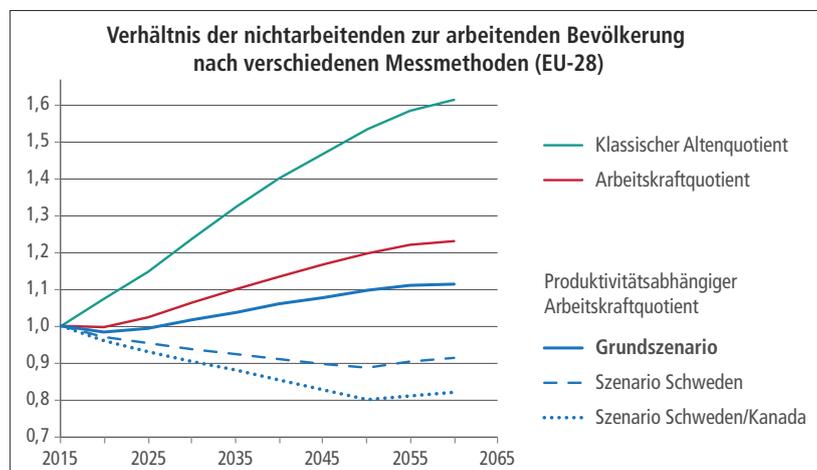


Abb.1: Bis zum Jahr 2060 steigt der Anteil der über 65-Jährigen gemessen an der übrigen Arbeitsbevölkerung (15- bis 64-Jährige) sehr stark (grüne Linie). Schaut man jedoch auf den Anteil der wirtschaftlich Aktiven im Vergleich zu den wirtschaftlich Inaktiven (rote Linie) oder auf die Produktivität der beiden Gruppen (blaue Linie), verändert sich das Verhältnis bei weitem nicht so dramatisch. Im Gegenteil: Es sind sogar Szenarien denkbar, nach denen sich der Abhängigkeitsquotient in den kommenden Jahrzehnten verbessert (blaue gestrichelte/gepunktete Linien). Quelle: Eigene Berechnung mittels Mikrosimulation



viel, wie lange und wie produktiv (vgl. Abb. 1)? Wie groß die Unterschiede hier ausfallen können, zeigt bereits ein Blick auf verschiedene europäische Länder: Während etwa in Italien vergleichsweise wenige Frauen und ältere Menschen arbeiten, ist die Bevölkerungspyramide nach Arbeitsmarkt-beteiligung in Schweden bereits viel breiter aufgestellt (vgl. Abb.2). Anstatt also nur den Anteil von Älteren im Vergleich zu Jüngeren zu betrachten, sei es sinnvoller zu schauen, wie sich der Arbeitskraftquotient (labor-force dependency ratio, LFDR) entwickelt: Dieser Quotient setzt alle wirtschaftlich inaktiven Personen ins Verhältnis zu allen wirtschaftlich aktiven – ganz gleich, wie alt diese sind (s. Abb. 1). Darüber hinaus führen die Autoren der Studie einen weiteren Indikator ein, der auch die durch das Einkommen geschätzte unterschiedliche Produktivität der Bildungsgruppen berücksichtigt: den produktivitätsabhängigen Arbeitskraftquotienten (productivity-weighted labor-force dependency ratio, PWLFDR). Denn gemessen an den Einkommensdaten zwischen 2004 bis 2017 verdient gut Gebildete in der EU knapp 1,7 mal so viel wie die mittlere Bildungsgruppe – und zahlen demnach auch mehr Steuern und höhere Beiträge für die Sozialversicherung. Gering Gebildete dagegen verdienen im Schnitt 34 Prozent weniger als Menschen mit mittlerem Bildungsniveau. Je nachdem wie groß die drei Bildungsgruppen in der Bevölkerung sind und wie sich ihre Anteile in Zukunft verschieben werden, kommen diese Faktoren in dem neu eingeführten Quotienten zum Tragen.

Geht man nun davon aus, dass sich die Geburtenrate, die Sterblichkeit, die Migration, die Arbeitsmarkt-beteiligung und das Bildungsniveau ähnlich wie in der jüngsten Vergangenheit entwickeln („business-as-usual-Szenario“), zeigen sich bei den drei Quotienten bereits deutliche Unterschiede (vgl. Abb. 1). Während der Altenquotient bis 2060 um dramatische 62 Prozent ansteigt, verzeichnet der Arbeitskraftquotient lediglich einen Anstieg von 20 Prozent, der produktivitätsabhängige Arbeitskraftquotient wächst sogar nur um zehn Prozent. Das bedeutet: Die Bevölkerung wird in diesem Szenario durchaus älter, aber dadurch dass Frauen in größerem Umfang arbeiten oder Ältere erwerbstätig bleiben, verschiebt sich der Abhängigkeitsquotient zwischen der arbeitenden und nicht arbeitenden Bevölkerung nicht so stark. Zudem sorgt eine höhere Produktivität der arbeitenden Menschen für eine weitere Entlastung.

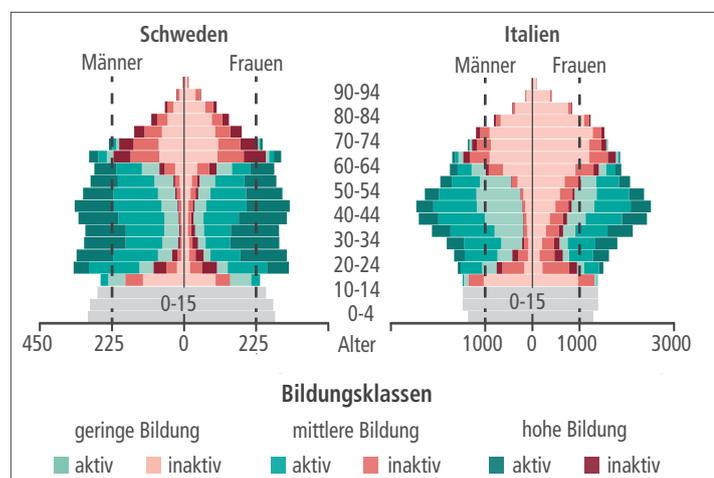


Abb.2: Der Anteil der wirtschaftlich inaktiven Menschen (rosa) ist in Schweden deutlich kleiner als in Italien – das gilt vor allem für die Frauen. Auch ist der Anteil der gut Gebildeten hier größer. Quelle: European Labor Force Survey 2015, eigene Berechnung mittels Mikrosimulation

Die europäischen Staaten haben über dieses „business-as-usual-Szenario“ hinaus natürlich auch die Möglichkeit, die Bildung als Determinante der Produktivität, die Länge des Arbeitslebens, die Erwerbstätigkeit von Frauen sowie Art und Umfang der Migration zu beeinflussen. Um das in dem neu eingeführten produktivitätsabhängigen Arbeitskraft-Quotienten (PWLFDR) berücksichtigen zu können, haben Wolfgang Lutz und seine Kollegen sieben verschiedene Zukunftsszenarien untersucht.

Das Grundszenario (s. Abb. 1, blaue durchgezogene Linie) schreibt die Entwicklungen der letzten Jahre fort: Es rechnet weiterhin mit einer Nettomigration in die EU von etwa einer Millionen Menschen pro Jahr und geht davon aus, dass die Zusammensetzung der Migranten und ihre Integration am Arbeitsmarkt weitestgehend gleich bleibt. Das zweite Szenario („Schweden“, s. Abb. 1, blaue gestrichelte Linie) setzt voraus, dass die Bevölkerung, vor allem ältere Menschen und Frauen, in Europa bis 2050 im gleichen Umfang arbeiten wie das in Schweden bereits heute der Fall ist. Das dritte Szenario („Kanada“, nicht abgebildet) orientiert sich an dem kanadischen Immigration-system und sieht eine Verdopplung der Einwanderung nach Europa vor, sowie eine stärkere Auswahl von Migranten mit höherer Bildung, während die Integration der Migranten auf dem Arbeitsmarkt allerdings der des Grundszenarios entspricht. Das vierte Szenario („Schweden/Kanada“, s. Abb. 1, blaue gepunktete Linie) ist eine Kombination aus Szenario 2 und 3.

Wolfgang Lutz und seine Kollegen rechnen in ihrem Paper noch weitere Szenarien durch, die sich jeweils an länderspezifischen Entwicklungen orientieren. Bei vier der insgesamt sieben Szenarien wird sich der produktivitätsabhängige Arbeitsmarktquotient (PWLFDR) in den kommenden vier Jahrzehnten nicht verschlechtern oder sogar verbessern. Die Szenarien „Schweden“ und „Schweden/Kanada“ bilden eine besonders positive Entwicklung ab und zeigen damit, dass eine höhere Arbeitsmarkt-beteiligung von Älteren und Frauen die Effekte

der Alterung ganz erheblich abmildern kann. Dann, so zeigen es die Berechnungen, könnten wir 2060 sogar besser dastehen als heute. Welches Szenario dabei für welches Land am besten geeignet ist, ist durchaus unterschiedlich (vgl. Abb. 3). Denn sowohl der Status quo als auch die Entwicklungen unter den verschiedenen Szenarien, unterscheiden sich zwischen den europäischen Ländern sehr stark. Im Jahr 2015 etwa hatte Italien den höchsten Abhängigkeitsquotienten, der 44%

Land	2015		2060	
		Grund-szenario	Schweden im Vergleich zum Grundszenario	Kanada gute Integration im Vergleich zum Grundszenario
Litauen	0,77	1,07	0,91	0,97
Estland	0,79	0,96	0,86	0,85
Zypern	0,80	1,15	0,90	0,89
Schweden	0,80	0,83	0,89	0,67
Deutschland	0,84	1,11	0,94	0,86
Niederlande	0,84	0,94	0,90	0,73
Dänemark	0,87	1,08	0,95	0,82
Finnland	0,89	1,08	0,89	0,94
Großbritannien	0,89	0,96	0,83	0,83
Österreich	0,90	1,14	0,91	0,90
Lettland	0,90	1,05	0,90	0,92
Slowakai	0,92	1,22	0,96	1,21
Tschechische Rep.	0,93	1,27	1,05	1,13
Irland	0,94	1,14	0,86	0,96
Luxemburg	0,94	1,02	0,84	0,93
Spanien	0,97	1,32	1,03	1,08
Polen	0,98	1,17	0,93	1,03
Europäische Union	1,00	1,11	0,91	0,93
Slowenien	1,02	1,37	1,06	1,12
Bulgarien	1,07	1,31	0,91	1,19
Ungarn	1,07	1,19	0,86	1,06
Frankreich	1,10	1,10	0,84	0,98
Portugal	1,11	1,15	1,02	1,08
Griechenland	1,12	1,59	1,03	1,44
Rumänien	1,14	1,22	0,91	1,08
Belgien	1,17	1,26	0,88	1,03
Malta	1,19	0,82	0,81	0,59
Kroatien	1,20	1,38	0,96	1,21
Italien	1,44	1,18	0,97	0,98

Abb.3: Europäische Vielfalt: Je geringer ein Wert ist, desto positiver ist das Verhältnis von produktiver zu inaktiver Bevölkerung. Quelle: eigene Berechnung mittels Mikrosimulation

über dem EU-Durchschnitt lag, gefolgt von Kroatien (+20%) und Malta (19%). Am unteren Ende befinden sich Litauen (-23 %) Estland (-21%) und Schweden (-20%). Unter dem Basisszenario wird sich der Quotient in den meisten Ländern verschlechtern – allerdings mit erheblichen Unterschieden: In Griechenland etwa steigt die Abhängigkeitsbelastung bis 2060 um fast 50 Prozent, während sie in der EU insgesamt nur um 11% steigt und in Italien sogar um 26 Prozent abnimmt. Deutlich positiver sehen die Entwicklungen für fast alle Länder unter den Szenarien 2 (Basisszenario kombiniert mit schwedischer Erwerbsbeteiligung) und 5 (kanadische Migrationspolitik mit guter Integration) aus. In beiden Fällen würde die Abhängigkeitsbelastung in der EU insgesamt sogar abnehmen (um 9 bzw. 7 Prozent).

Vor diesem Hintergrund scheint die Angst vor dem demografischen Wandel übertrieben zu sein. Forciert wurde sie, so schreiben Wolfgang Lutz und seine Kollegen, weil das Problem lange Zeit durch den „Altenquotienten“ versinnbildlicht wurde. Dieser Quotient aber vereinfacht die Entwicklung viel zu stark und ist daher für eine Analyse, wie sich die arbeitende und nicht arbeitende Bevölkerung in Zukunft entwickeln wird, ungeeignet. Vielmehr zeige eine differenziertere Sichtweise, dass europäische Länder auch ohne sehr hohe und unrealistische Zuwanderungsraten die Folgen des demografischen Wandels auffangen können.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Wolfgang Lutz

Literatur:

Marois, G., A. Bélanger and W. Lutz: Population aging, migration, and productivity in Europe. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America [First published online: 23 March 2020].DOI: 10.1073/pnas.1918988117

Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

Regionale Geburtenraten in Europa

Obwohl die Fertilität in Europa sehr unterschiedlich ist, gleicht sie sich in Grenzregionen oft an

Europa ist in Sachen Fertilität gespalten: Während im nordwestlichen Teil relativ viele Kinder zur Welt kommen, sind die Geburtenraten in Süd- und Osteuropa sowie in den deutschsprachigen Ländern vergleichsweise niedrig. Eine neue Studie schaut nun genauer hin: Sie untersucht, wie sich die Fertilität in über 1000 europäischen Regionen entwickelt, und weist nach, dass Grenzregionen oft ähnliche Geburtenraten haben.

Die Analyse zeigt darüber hinaus auf, dass das Niveau der Geburtenraten in den Regionen auch mit dem Pro-Kopf-Einkommen und der Scheidungsrate zusammenhängt. Es sind also sowohl ökonomische als auch sozio-kulturelle und regionale Faktoren entscheidend, zeigen Nicholas Campisi und Mikko Myrskylä vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels sowie Hill Kulu und Julia Mikolaj von der St. Andrews University und Sebastian Klüsener vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Für ihre Untersuchung griffen die Demografen auf Daten aus den so genannten NUTS3-Regionen zurück. Diese Unterteilung greift oft nationale Verwaltungseinheiten auf und umfasst Gebiete mit 150.000 bis 800.000 Einwohnern. Während etwa Luxemburg nur aus einer „NUTS3“-Region besteht, ist Deutschland in 402 dieser Einheiten unterteilt. Insgesamt umfasst die Analyse 1134 NUTS3-Regionen aus 21 europäischen Ländern, für die den Forschern die zusammengefasste Geburtenrate (TFR) aus dem Jahr 2010 bzw. in drei Fällen aus 2009/2011 vorlag. Auch bei dieser kleinskaligen Auflösung ist die bekannte Unterteilung Europas in – im Wesentlichen

– zwei Fertilitätsmuster zunächst deutlich zu erkennen (s. Abb. 1): In Frankreich, England, den Benelux-Ländern und Skandinavien liegt die Geburtenrate bei etwa 1,9 Kindern pro Frau. Das restliche Europa pendelt eher um eine Marke von 1,3 Kindern pro Frau. Doch diese großen nationalen Unterschiede überdecken oft die regionale Vielfalt (s. Abb. 2).

Schaut man auf die regionalen Abweichungen von der durchschnittlichen Geburtenrate eines Landes, so lässt sich feststellen, dass die Unterschiede zwischen den Regionen durchaus deutlich sind. Zum einen bestätigt sich, dass die Geburtenrate in städtisch geprägten Gebieten niedriger ist als in ländlichen Regionen. Zum anderen lässt sich feststellen, dass sich die Fertilitätsniveaus in Grenzregionen oft angleichen – zumindest wenn die betroffenen Länder zur gleichen Gruppe gehören – also zu den europäischen Ländern mit eher geringer oder mit eher hoher Geburtenrate. Das gilt zum Beispiel für einige Regionen an der portugiesisch-spanischen, der belgisch-französischen und der deutsch-polnischen Grenze. Dabei kann zum Beispiel in westpolnischen Gebieten die Fertilität unterhalb des nationalen Durchschnitts und in ostdeutschen Regionen oberhalb des nationalen Durchschnitts liegen. Solche Beobachtungen könnten die These unterstützen, dass nationale Grenzen zukünftig unbedeutender, regionale Grenzen dagegen wichtiger werden.

Um herauszufinden, welche Faktoren darüber hinaus für regionale Fertilitätsmuster entscheidend sind, haben die Autoren der Studie auch untersucht, ob sie einen Zusammenhang mit verschiedenen sozio-kulturellen und ökonomischen Indikatoren finden, wie z.B. der Beschäftigungsquote, dem Pro-Kopf-Einkommen, dem Anteil an Mehrfamilienhäusern oder dem Anteil an geschiedenen Personen. Ein hoher Anteil geschiedener Personen hat demnach oft eine vergleichsweise niedrige Geburtenrate zur Folge. In zweiter Linie war auch das Pro-Kopf-Einkommen entscheidend: In Regionen, in denen durchschnittlich gut verdient wird, sind die Geburtenraten meist eher niedrig. Abgesehen davon, dass in der Studie erstmals in dieser Breite regionale Unterschiede über Ländergrenzen hinweg untersucht wurden, haben die Demografen auch verschiedene

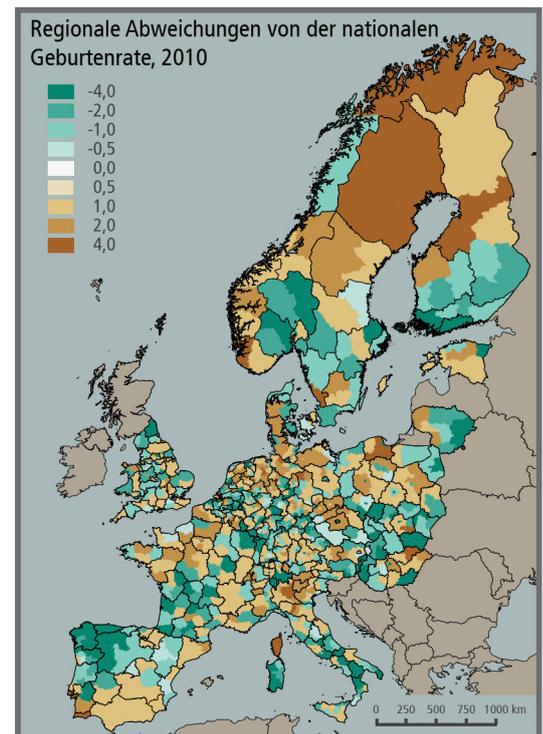


Abb.2: Betrachtet man die Abweichungen von der durchschnittlichen Fertilität (Geburtenrate, TFR 2010) in den einzelnen Ländern, so zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Quelle: Nationale Statistikämter und eigene Berechnungen

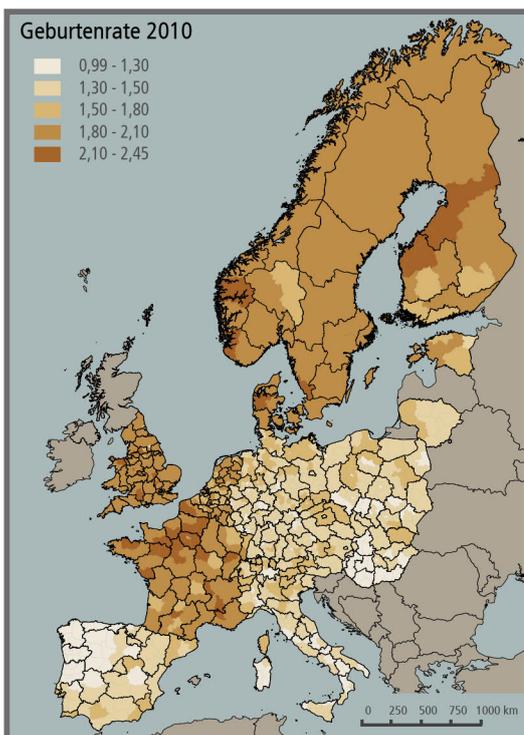


Abb.1: Die zwei Gruppen von Ländern mit hoher und niedriger Fertilität (hier die Geburtenrate aus dem Jahr 2010) zeichnen sich in Europa deutlich ab. Quelle: Nationale Statistikämter und eigene Berechnungen

Modelle für ihre Analyse erprobt. Um zu untersuchen, welche Faktoren für die regionale Entwicklung der Geburtenrate eine Rolle spielten, verwendeten sie nicht nur gewöhnliche Regressionsmodelle. Sie erprobten auch sogenannte räumliche Modelle, welche die Schätzung von Einflüssen zwischen den Regionen zulassen. Sie erwiesen sich für die regionale Analyse als besonders geeignet.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Nicholas Campisi

Literatur:

Campisi, N., H. Kulu, J. Mikolaj, S. Klüsener and M. Myrskylä: Spatial variation in fertility across Europe: patterns and determinants. Population, Space and Place [First published online: 15 January 2020].DOI: 10.1002/psp.2308

Kontakt:

campisi@demogr.mpg.de | Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Mit dem Ruhestand kommt das Enkelkind

Vor allem die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Enkelkind steigt mit der Verrentung

Großeltern mit viel Zeit können für junge Familien ein Segen sein. Daher verwundert es nicht, dass die Wahrscheinlichkeit für ein (weiteres) Enkelkind nach ihrer Verrentung steigt. Eine neue Studie zeigt nun: Der Effekt tritt vor allem dann auf, wenn Väter in den Ruhestand gehen und wenn bereits ein erstes Enkelkind da ist. Die Gesamtzahl der Enkelkinder wird durch die Verrentung nicht beeinflusst.

Das Kind von der Kita abholen, abends den Babysitter stellen und bei beruflichen Terminen den Rücken frei halten: Großeltern, die in der Nähe wohnen, können für die Familien ihrer erwachsenen Kinder eine große Entlastung darstellen. Dass sich dies auch in der Familienplanung widerspiegelt, zeigen Peter Eibich vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung sowie Thomas Siedler von der Universität Hamburg in einer neuen Studie erstmals für Deutschland.

Die beiden Forscher werteten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 1984 bis 2017 aus und schauten, wie sich der Renteneintritt der Großeltern auf die Familienplanung ihrer erwachsenen Kinder auswirkte. Weil sie sich auf Rentner fokussierten, die aufgrund von finanziellen Anreizen und Rentenreformen aus dem Arbeitsleben ausgeschieden waren, können die Forscher davon ausgehen, dass tatsächlich die Verrentung selbst den gemessenen Effekt hat.

Die Ergebnisse sind zumindest nach einer Frühverrentung mit 60 Jahren recht deutlich: Geht ein Vater in diesem Alter in Rente, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Enkel geboren wird, um 17 Prozentpunkte (s. Abb. 1). Bei der Frühverrentung von Müttern sind es hingegen nur elf Prozentpunkte.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Töchter ein (weiteres) Kind bekommen, ist dabei größer. Sie steigt bei der Verrentung der Großväter um 19 Prozentpunkte, bei Großmüttern um 15 Prozentpunkte. Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne (noch einmal) Väter werden, ist mit 14 bzw. 8 Prozentpunkten etwas niedriger.

Auf den ersten Blick überrascht dieses Ergebnis. Denn es sind in aller Regel die Großmütter, die mehr Zeit mit ihren Enkeln verbringen – im Schnitt eine halbe Stunde pro Werktag und eine ganze Stunde zusätzlich nach ihrem Renteneintritt. Großväter dagegen verbringen nach ihrer Verrentung nicht unbedingt mehr Zeit mit ihren Enkeln. Aber im Gegensatz zu den Großmüttern hatten sie in ihrer Erwerbstätigkeit oft die größere Wochenarbeitszeit. Fällt diese durch die Verrentung weg, macht sich das auch für die Großmütter deutlicher bemerkbar.

Die Autoren der Studie vermuten, dass sie in der Folge im eigenen Haushalt entlastet werden und mehr Kapazitäten für die Enkel haben. Deutlich wird das vor allem an den Wochenenden: Sind die Großväter in Rente, verbringen die Großmütter samstags und sonntags eine Stunde täglich mehr mit ihren Enkeln.

In weiteren Analysen konnten Eibich und Siedler belegen, dass der Verrentungs-Effekt vor allem dann auftritt, wenn die Großeltern weniger als eine Stunde Fahrtzeit von ihren Kindern und Enkelkindern entfernt wohnen. Auch das Einkommen der erwachsenen Kinder spielt eine Rolle: Gehören sie zu den Gutverdienern (oberes Einkommensquartil), steigt

die Wahrscheinlichkeit für eine Geburt sogar um 31 Prozentpunkte ein Jahr nach der Frühverrentung der Väter und um 41 Prozentpunkte bei einer Frühverrentung der Mütter. Darüber hinaus ist auch die Familiengröße von Bedeutung: Vor allem wenn die Eltern bereits ein Kind haben, kann die Verrentung der Großeltern die Entscheidung für ein zweites Kind stark beeinflussen. Ist noch kein Kind da, ist der Großeltern-Effekt mit knapp zehn Prozentpunkten deutlich geringer, bei zwei und mehr Kindern ist statistisch gar kein signifikanter Zusammenhang mehr festzustellen.

Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Enkelkinder hat die Verrentung der Großeltern allerdings nicht. Und die dargestellten Zusammenhänge gelten auch nur für eine Frühverrentung mit 60 Jahren – vermutlich weil viele erwachsene Kinder ihre Familienplanung bereits weitestgehend abgeschlossen haben, wenn ihre Eltern regulär in Rente gehen.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Peter Eibich

Literatur:

Eibich, P. and T. Siedler: Retirement, intergenerational time transfers, and fertility. *European Economic Review* [First published online: 14 February 2020]. DOI: 10.1016/j.euroecorev.2020.103392

Impressum

Herausgeber: Mikko Myrskylä, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock
in Kooperation mit

- Mikko Myrskylä, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Heike Trappe, Institut für Soziologie und Demografie, Universität Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortliche Redakteurin: Christina Bohk-Ewald (Vi.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Christina Bohk-Ewald

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Antje Storek-Langbein

Druck: Altstadt-Druck 18057 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt.

Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.

MAX PLANCK
GESELLSCHAFT

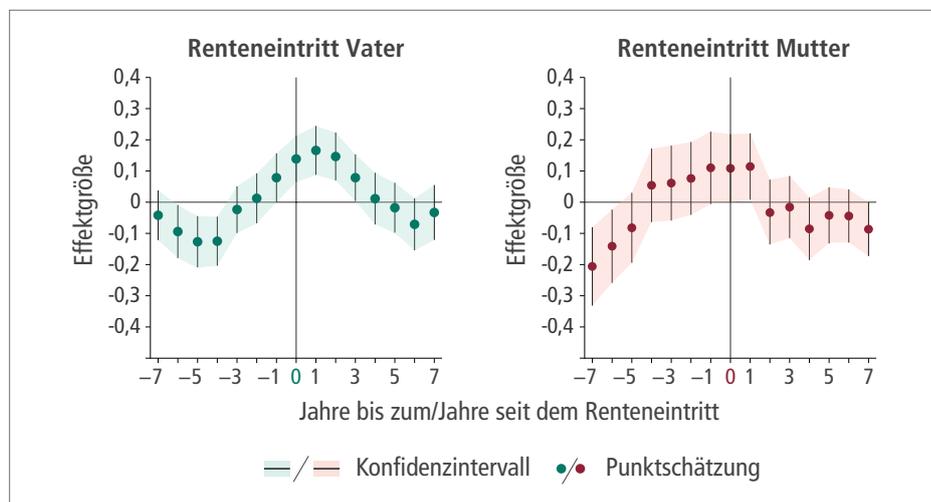


Abb.1: Quelle: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Enkel geboren wird, ist vor allem nach dem Renteneintritt von Vätern besonders hoch. Quelle: SOEP, eigene Berechnungen